

Kartoffel-Sorgen und -Wünsche.

Am 19. Oktober hat der Staatskommissar für Volksernährung vor dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses ausgeführt, die Kartoffelernte sei befriedigend, teilweise gut; eine endgültige Ernteschätzung würde Mitte November vorliegen. Die Kartoffelversorgung werde sich befriedigend vollziehen und uns so schwere Belastungsproben wie im letzten Jahre ersparen. Der Wochenkopfsatz für die Bedarfsverbände betrage acht Pfund, einschließlich ein Pfund Schwund. Dem Wünsche, den Kopfsatz auf zehn Pfund zu erhöhen, habe nicht entsprochen werden können. Zur Winterdeckung der Bedarfsverbände müßten bis zum 15. Dezember bei dem in Aussicht genommenen Satz täglich 6400 Eisenbahnwagen rollen; mehr sei angesichts anderer Bedürfnisse, namentlich der Kohlenversorgung, nicht möglich. Am 2. November erklärte vor dem Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses der Staatskommissar für die Volksernährung, die Schätzung der Ernte, besonders in Kartoffeln und Getreide, habe bis dahin nicht zu sichern Ergebnissen geführt. Seine Absicht gehe dahin, den Landwirten nach Erfüllung bzw. Sicherstellung der Abgabepflicht den verbleibenden Teil der Kartoffelernte zur freien Verwendung in der Wirtschaft zu belassen. Das nächste Ziel bilde die Sicherung der Winterdeckung. Weiter hat am 8. November der Unterstaatssekretär des Kriegsernährungsamtes vor dem Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses gesagt, in letzter Zeit habe sich bei der Eindeckung mit Kartoffeln starker Wagenmangel fühlbar gemacht; es sei jedoch zu hoffen, daß hierin demnächst eine Besserung eintreten werde, da die Brotgetreide Transporte der Reichsgetreidestelle wesentlich geringer werden würden. Einer Erhöhung der Speisekartoffelration im gegenwärtigen Zeitpunkt sei dringend zu widerraten. Sie könne nur auf Kosten der als Weinervorrat eingelagerten Bestände erfolgen. Man müsse dann also möglicherweise noch in der Frostzeit mit der Nation wieder stark heruntergehen, was für die Bevölkerung unerträglich sei. Dringend sei auch davor zu warnen, der Bevölkerung Hoffnung auf eine spätere Erhöhung der Ration zu machen, die möglicherweise nicht erfüllt werden könnte. Die nach den bisherigen Erhebungen eingeschätzte Kartoffelerntemenge sei durch die Umlagen bereits äußerst belastet. Der Vorsitzende der Reichskartoffelstelle erklärte in derselben Sitzung, die Maßnahmen für die erforderliche Sicherstellung der Kartoffellieferungen vom April bis August 1918 seien getroffen; dabei müsse aber betont werden, daß mit einer Erhöhung der Wochenkopfration jetzt oder für das Frühjahr 1918 nicht gerechnet werden könne. Die Belastung des Landwirts mit Lieferungsumlagen sei schon jetzt stark; die Ausschreibung einer weiteren Umlage würde nicht erfüllt werden können. Eine Verfütterung von Kartoffeln über das jetzt gültige Maß hinaus könne nur unter der Voraussetzung in Frage kommen, daß das noch ausstehende Ernteergebnis tatsächlich entsprechend günstig sei und die Lieferungen von Speise- und Fabrikkartoffeln zur Brotstreckung unter allen Umständen sichergestellt seien.

An demselben Tage, an dem diese Sitzung in Berlin stattfand, beschloß sich auch die Kölner Stadtverordnetenversammlung mit der Kartoffelfrage. Auf eine Anfrage, ob der Oberbürgermeister an zuständiger Stelle dahin zu wirken bereit sei, daß die Kartoffelmenge für Kopf und Woche auf zehn Pfund erhöht werde, hat Oberbürgermeister A denauer, der bisherige Dezernent für die Kriegswirtschaftsfragen der Stadt Köln, erklärt, daß er diesem Antrage gern stattgeben werde, und ausgeführt, die Wochenkopfmenge von sieben Pfund genüge nicht. Leider träten neue Bestrebungen zutage, den Kommunalverbänden und Landwirten, wenn ihre Lieferungsverpflichtung erfüllt sei, den Rest der Kartoffeln zu irgendwelcher Verfügung zu überlassen, und es bestehe Anlaß, anzunehmen, daß derartige Erklärungen an entscheidender Stelle geteilt würden. Das wäre geradezu eine Auslöcherung der behördlichen Bewirtschaftung und er, der Oberbürgermeister, würde eine solche als einen katastrophalen Fehler der verantwortlichen Stellen bezeichnen. Ehe die Frostperiode vorüber sei, könne man von einer Sicherstellung des Kartoffelbedarfs überhaupt nicht sprechen. Eine Auslöcherung der behördlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln dürfe nicht erfolgen, bevor der Wochenkopfsatz auf mindestens zehn Pfund erhöht worden sei. Besonders bei der arbeitenden Bevölkerung würde es aufreizend wirken, wenn man dem Landwirt die überschüssigen Mengen zu freier Verfügung überlassen wollte, bevor die ausreichende menschliche Ernährung sichergestellt sei. Die Forderung des Kölner Oberbürgermeisters: keine Überlassung zur freien Verfügung des Landwirts bis zur Sicherstellung einer Wochenkopfmenge von mindestens zehn Pfund, scheint uns zurzeit der springende Punkt der ganzen Frage zu sein. Die andern Einzel-

heiten der Kartoffelversorgung gingen heute noch mehr oder weniger von Faktoren ab, die noch ihrer endgültigen Feststellung harren, wie der genauen Schätzung der Ernte und den Beförderungsmöglichkeiten, oder die unberechenbar sind, wie dem Frost. Die endgültige Schätzung der Ernte steht bevor, so daß der Aufschub ihrerwegen nicht sehr ins Gewicht fällt. Erheblich bedeutungsvoller ist die Abhängigkeit der Wochenkopfmenge von den Verkehrsverhältnissen. Wenn es heißt, daß zur Winterdeckung mit sieben Pfund wöchentlich bis zum 15. Dezember täglich 6400 Eisenbahnwagen rollen müßten und daß mehr nicht möglich sei, so muß man diese Begründung an sich gelten lassen, vorausgesetzt, daß nicht auch hier der immer noch oft beobachtete Mißstand herrscht, daß Güter unnötig spazieren gefahren werden. Von Interesse ist auch in diesem Zusammenhang die noch offene Frage, was in den Kreisen mit Ausfuhrverbot mit dem Kartoffelüberschuß, für den innerhalb des Kreises infolge der guten Ernte keine Nachfrage besteht, geschehen wird. Dieser Einwand muß auch dem Kölner Oberbürgermeister entgegengehalten werden, wenn er an der behördlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln auch über die Menge hinaus, die den Städten zugefahren werden kann, festhalten will. Können diese Überschüsse nicht den vielfach in der Nähe liegenden Großstädten und Industriegebieten zugute kommen, die im übrigen auf mittel- oder ostdeutsche Lieferung angewiesen und unstrittig am bedürftigsten sind? Warum wird die Ausfuhr nicht gestattet, wenn der Bedarf des Kreises mehr als reichlich gedeckt ist? Ist das etwa schon eine Vorarbeit für die in Aussicht gestellte freie Überlassung des Überschusses an die Landwirte? Oder ist es die Besorgnis, eine etwaige Erhöhung der Kartoffelration aus eignen Mitteln nicht decken zu können? Dann lege man rechnerisch als Bedarf eine Tageskopfmenge von 1½ Pfund, die den Selbstversorgern schon jetzt zusteht und die auch sonst gelegentlich bewilligt wird, für die gesamte Bevölkerung des Kreises zugrunde und führe den dann noch verbleibenden Rest den nächstliegenden Großstädten und Industriegebieten zu! Auf jeden Fall muß diese Lösung bald in Angriff genommen werden, ehe sie durch den Frost vereitelt wird.

Im übrigen werden die zuständigen Stellen dauernd mit allen Kräften bestrebt sein müssen, auch über die 6400 täglichen Eisenbahnwagen bis zum 15. Dezember hinaus, wenn die Verkehrsverhältnisse und das Wetter es irgend gestatten, was ja durchaus nicht ausgeschlossen ist, ein übriges zu tun. Zu hohe Interessen stehen auf dem Spiel. Wenn die Öffentlichkeit die außerordentlichen Erschwerungen des Personenverkehrs im großen und ganzen willig auf sich nimmt, dann möchte sie auch beim Güterverkehr, zu dessen Gunsten jene Erschwerungen ihr auferlegt werden, einen Erfolg sehen. Stellt sich bei der genauen Feststellung heraus, daß die Kartoffelmenge eine Zuteilung von 1½ Pfund für den Tag oder 10 Pfund oder sonst einer höheren Menge als 7 Pfund für die Woche zuläßt, so müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß diese Menge den Verbrauchern auch wirklich zugeführt wird. Und zwar muß das geschehen, bevor große Mengen Kartoffeln durch Fäulnis oder andre Gründe wieder geschwunden sind. Denn das ist sicher richtig, was der Unterstaatssekretär im Ernährungsamt sagte, daß nicht wieder Hoffnungen erweckt werden dürfen, die nachher unerfüllbar sind. Aber eine Lieferung, die auf Grund der endgültigen Ernteschätzung möglich sein wird, darf nicht unerfüllbar sein; alle Hindernisse, die sich ihr entgegenstellen könnten, müssen aus dem Wege geräumt werden, wenn nicht etwa der Frost durch die ganze Rechnung einen Strich machen sollte. Gegen die Erklärung des Vorsitzenden der Reichskartoffelstelle vom 8. November, daß mit einer Erhöhung der Wochenkopfration jetzt oder für das Frühjahr 1918 nicht gerechnet werden könne, muß, wenigstens solange die endgültige Ernteschätzung nicht vorliegt, in ihrer allgemeinen Fassung

Einspruch erhoben werden. Wenn der Wagenmangel eine allgemeine Hinaussetzung der Menge verbietet, dann Sorge man wenigstens für die Großstädte und Industriegebiete und öffne ihnen die Kreise, die offenbar Überfluß an Kartoffeln haben, und die auf die Erlaubnis, ihre Kartoffeln zu verwerten, wenn nicht zum Verkauf dann zum Verfüttern, mit Schmerzen warten. Das ist eine Forderung, die angesichts der allgemeinen Ernährungslage durchaus berechtigt ist.